

# Überlegungen zur Forderung der Gewerkschaft ver.di für ein Verbundklinikum im Saarland



Das Konzept der Gewerkschaft ver.di für ein „Verbundklinikum“ ist ein fortschrittlicher Ansatz in der Gesundheitspolitik.

Die DKP unterstützt diesen Ansatz, weil er eine gesellschaftspolitische Alternative ist und ein Eckpunkt zur Durchsetzung einer anderen Politik mit einem Politikwechsel im Saarland sein kann und weil er sich vom neoliberalen Mainstream und einer gescheiterten Gesundheitspolitik abhebt. Mit einer „Gesundheitsreform“ nach der anderen wird seit Jahren die Strategie gefahren, das Gesundheitssystem nach sog. Marktgesetzen zu organisieren, immer mehr Teile zu privatisieren und das kapitalistische Konkurrenzprinzip als das Lösungsmittel schlechthin zu propagieren. Seit Jahrzehnten werden die Finanzierungsschwierigkeiten als ein Ausgabenproblem dargestellt, während gleichzeitig die Macht der daran profitierenden Pharma-Konzerne und medizinischen Großgeräte-Industrie unangetastet bleibt und die Großverdiener und Reichen wenn überhaupt nur ungenügend über Beiträge zur Finanzierung herangezogen werden.

Die prekäre Situation der Krankenhauslandschaft im Saarland hat unter anderem auch darin ihre Ursachen.

Dagegen fordert das ver.di-Konzept zum „Umdenken“ auf, es fordert eine Krankenhausfinanzierung, die sich den Bedürfnissen der Menschen unterordnet und nicht der Ökonomie. Unter Menschen versteht ver.di sowohl die Patienten als auch die Beschäftigten in den Krankenhäusern.

Das Konzept von ver.di kann, wenn es durch- und in seiner Gänze umgesetzt wird, eine bessere gesundheitliche Versorgung für alle sichern und das Zweiklassensystem im Gesundheitssystem stark zurückdrängen.

Über die Zukunft und Realisierbarkeit dieses Konzeptes wird aber nicht im Landtag, in Ministersesseln oder in Krankenhausmanagerkreisen entschieden.

Für ein solches Konzept ist die Entwicklung einer breiten gesellschaftspolitischen Debatte erforderlich, vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften, in Schulen und Hochschulen, in Städten und Gemeinden.

Ziel muss es dabei sein, das Konzept eines „Verbundklinikums“ zu erklären und seine Überlegenheit gegenüber den bisherigen Konzepten darzulegen, und dafür eine breite Unterstützung zu erreichen und eine Bewegung zu entwickeln.

Eine zukünftige demokratische Kontrolle muss in diesem Prozess, in der breiten Einbeziehung der heute und zukünftig Betroffenen, den Beschäftigten im Gesundheitswesen und ihrer Vertretungen beginnen. Nur so können Voraussetzungen für eine Wende im diesem gesellschaftlichen Bereich entstehen. Der DGB kann und muss hierbei ein wichtiger Faktor sein; es ist eine große Herausforderung, aber auch eine Chance, den Einfluss der Gewerkschaften auf die Gesellschaftspolitik zu verbessern.

Wir halten es für unabdingbar, dass der sehr begrüßenswerten Initiative von Ver.di jetzt solche Initiativen folgen müssen. Dazu gehört auch, die vorhandenen Kräfte zusammen zu führen, die an einer Wende in der Gesellschaftspolitik interessiert sind.

Die DKP und deren Mitglieder werden sich an einem solchen Prozess nach ihren Möglichkeiten beteiligen und ihre Vorstellungen in die Diskussion einbringen. Es geht uns auch darum, über Wege und Mittel zu diskutieren, dass der Vorschlag für ein „Verbundklinikum“ nicht zur Durchsetzung der bisherigen Politik missbraucht werden kann. Ein Verbund nur um die Synergieeffekte im neoliberalen, kapitalistischen Sinne zu nutzen, um vor allem den Abbau von Arbeitsplätzen, der Streichung von Mitteln fortzusetzen, muss verhindert werden. Dabei geht uns vor allem auch um die Beachtung der Beschränktheit der Möglichkeiten im Rahmen des gesellschaftlichen Systems des Kapitalismus und um die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen.